

## Antrag

der Abgeordneten Frank Müller-Rosentritt, Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Ulrich Lechte, Till Mansmann, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Benjamin Strasser, Katja Suding, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

### Herausforderungen begegnen, Chancen nutzen – Die Chinapolitik Deutschlands und der EU neu justieren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Deutschland hat durch die engen diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Volksrepublik China ein besonderes Interesse an einer nachhaltigen und intensiven Partnerschaft. Schließlich reicht das Verhältnis zwischen China und dem Westen weit über technische und ökonomische Aspekte hinaus. Zum ersten Mal werden die Industriestaaten mit einem wirtschaftlich erfolgreichen autokratischen Regime konfrontiert. Die EU-Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst betrachten die Volksrepublik China als Partner, Wettbewerber und systemischen Rivalen. Denn unter Xi Jinping strebt die Kommunistische Partei Chinas in einem seit der Kulturrevolution ungekannten Ausmaß danach, alle Bereiche in Politik, Justiz, Gesellschaft und Wirtschaft zu durchdringen und zu kontrollieren. Chinas rasante Entwicklung basiert dabei nicht auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freier Marktwirtschaft. Vielmehr entwirft China mit seinem staatskapitalistischen und autoritären Einparteiensystem ein Gegenmodell zur westlichen Demokratie. Daraus ergeben sich immense Herausforderungen.

Es ist sinnvoll, die partnerschaftliche Zusammenarbeit bei regionalen und globalen Fragen wie etwa dem Klimaschutz zu vertiefen und zu erweitern, sich aber gleichzeitig für den technologischen und wirtschaftlichen Wettbewerb besser zu wappnen und diesen fairer zu gestalten. Die EU muss sich chinesischen Versuchen geschlossen entgegenstellen, wenn international etablierte völkerrechtliche Standards, gerade im Bereich der Menschenrechte verletzt werden.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Trotz mancher Differenzen verbieten sich pauschale Vorurteile oder gar Ressentiments gegenüber chinesischen Bürgerinnen und Bürgern sowie der chinesischen Kultur im Allgemeinen. China ist eine große Kulturnation mit langer Tradition. Um die Geschichte und Gegenwart der Beziehungen Chinas zur übrigen Welt, insbesondere zu Europa, und die verschiedenen Denkströmungen in Partei, Gesellschaft, Wirtschaft und in intellektuellen Kreisen in China zu verstehen, ist es notwendig, die China-Expertise hierzulande in Behörden, Parteien, Schulen und Universitäten sowie in anderen Organisationen stärker auszubauen.

2. Unter Xi Jinping versucht die Volksrepublik nicht zuletzt durch ihr wirtschaftliches Gewicht und die damit verbundenen Einflussmöglichkeiten die internationale Politik maßgeblich zu prägen. Dazu gehört auch das Bestreben, den eigenen Einfluss auf die Europäische Union auszuweiten. Zuletzt wurde dieser Vorsatz im Rahmen der SARS-CoV-2-Pandemie durch die Intensivierung der PR-Aktivitäten chinesischer Vertretungen im Ausland bemerkbar. Unlängst hat die Regierung in Peking durch Infrastruktur- und Handelsprojekte, wie die 'Belt-and-Road-Initiative' in Europa auf sich aufmerksam gemacht. Gerade bei den EU-Mitgliedsstaaten in Ost- und Mitteleuropa und den EU-Beitrittskandidaten hat die Volksrepublik ihre Präsenz durch zahlreiche Investitionen erhöht.

Fest steht: Die Beziehungen zwischen China und dem Westen sind einzigartig in ihrer Komplexität. Europa muss deshalb seine eigenen Stärken weiterentwickeln und seine Interessen souverän vertreten. Europa muss für seine eigenen Werte eintreten, darf aber gleichzeitig nicht Felder möglicher Zusammenarbeit mit China ungenutzt lassen. Die EU sollte gegenüber Chinas Einparteiensystem und gelenktem Wirtschaftssystem mit einer Stimme sprechen. Es gilt deutsche und europäische Interessen zu verteidigen, wo diese durch chinesisches Handeln unter Druck geraten. Gleichzeitig müssen sich die EU-Staaten dafür einsetzen, dass China seine Abschottung reduziert und weitere Bereiche der chinesischen Wirtschaft für Investitionen und Handel zugänglich macht

Das militärische Vorgehen der Volksrepublik und der Expansionismus in der indopazifischen Region, der erneut aufgeflammete Grenzkonflikt mit Indien im Himalaya, der wachsende Druck auf Taiwan, die Drohgebärden gegenüber Vietnam und Japan, sowie Chinas Agieren in der SARS-CoV-2-Pandemie wirken derzeit auf die EU-China-Beziehungen. Die Zivilgesellschaft in Hongkong, wie auch die Menschen, die politisch verfolgt werden, bedürfen des Schutzes der EU. Auch die jüngsten Entwicklungen um die Repressionen gegenüber der kasachischen und uyghurischen Minderheit, wie auch gegenüber der Protestbewegung in Hongkong sollten auf europäischer Seite zu einer Evaluierung der EU-Chinapolitik führen.

Die handelspolitischen Auseinandersetzungen zwischen den USA und China haben die vergangenen Jahre bereits geprägt. Um die wirtschaftliche Abhängigkeit von China zu reduzieren, sollte die EU langfristig verstärkt auf den Warenaustausch mit asiatischen Demokratien setzen. Die Märkte der ASEAN-Region und auch Indien bieten der deutschen Industrie zahlreiche Chancen durch hohe Wachstumszahlen und eine junge, wachsende Bevölkerung. Der Ausbau der Kooperation mit asiatischen Staaten, beispielsweise im ASEAN-Verbund, im Zuge der EU-Asien-Konnektivitätsstrategie und eine mit Leben gefüllte Allianz der Multilateralisten haben das Potential, die EU nachhaltig zu stärken.

3. China hat insbesondere als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine besondere Verantwortung für die internationale Sicherheit. Chinas wachsendes Engagement, etwa als größter Truppensteller für Blauhelme unter den fünf Vetomächten oder bei der Finanzierung von VN-Friedensmissionen sollte genau wahrgenommen werden. Dennoch gilt es, den Ausbau von chinesischer Militärpräsenz im Ausland, Militärkooperationen sowie Waffenlieferungen

und den umfänglichen Souveränitätsanspruch des Landes kritisch zu beobachten. Mit Sorge ist der stärkere politische Einfluss Chinas auf internationale Organisationen, wie die WHO oder Interpol und VN-Menschenrechtsinstitutionen zu sehen. Es muss sichergestellt sein, dass diese Institutionen ihre Aufgabe unter fachlichen Gesichtspunkten wahrnehmen und nicht politisch instrumentalisiert werden können. Nur die Weltgemeinschaft als Ganzes kann sich den großen globalen Herausforderungen, wie dem Klimawandel, gemeinsamen Abrüstungsinitiativen oder der Pandemiebekämpfung stellen.

Der Konflikt im Südchinesischen Meer stellt eine Gefahr für die Stabilität in der Region sowie für die Weltwirtschaft dar. Der Ständige Schiedshof in Den Haag hat 2016 die Gebietsansprüche Chinas im Südchinesischen Meer für unrechtmäßig erklärt. Diese Entscheidung wird von China nicht anerkannt und trotz der rechtlichen Bindung des Beschlusses gibt es keine juristischen Mittel, um eine Umsetzung zu erwirken. Insbesondere China ist in der Verantwortung, aktiv eine Lösung des Konflikts mit friedlichen Instrumenten multilateraler Vereinbarungen und internationalen Rechts voranzutreiben. Der langjährige China-Taiwan-Konflikt ist ebenfalls Teil dieser Seerechtsstreitigkeiten. Der Deutsche Bundestag begrüßt ausdrücklich die demokratische Entwicklung auf Taiwan. Neben einem funktionierenden Rechtsstaat findet sich dort auch eine lebhaft und liberal gesinnte Zivilgesellschaft. Unter grundsätzlicher Akzeptanz der Ein-China-Politik sollten taiwanische Organisationen stärker auf transnationaler Ebene eingebunden werden. Deutschland sollte als vertrauensvoller Partner aller Konfliktparteien seinen Beitrag zur friedlichen Beilegung des Konfliktes leisten und die Demokratieförderung unterstützen. Derzeit macht die Volksrepublik ihren Einfluss in der WHO geltend, um die Teilnahme Taiwans an der WHA und die Einbindung in den Informationsaustausch der WHO zu unterbinden. Ziel der globalen Pandemiebekämpfung muss es aber sein, dem Gesundheitsministerium und den Gesundheitsbehörden von Taiwan eine Teilnahme mit Beobachterstatus in der WHO zu ermöglichen.

4. Die Volksrepublik gestaltet mit großem Ressourceneinsatz die so genannte digitale Revolution und strebt nach globaler Technologieführerschaft. China hat Deutschland bei den transnationalen Patentanmeldungen inzwischen überholt. Ob Künstliche Intelligenz, Elektromobilität, Onlinehandel, Blockchain oder Robotik, in China werden bereits beachtliche Technologiesprünge gemacht, wo Europa noch an Strategien feilt. Mit dem 2015 vorgestellten Masterplan „Made in China 2025“ will die Volksrepublik mittels Digitalisierung zum technologischen Niveau der Industrieländer aufschließen. China testet seit Jahren in Pilotstädten ein Social-Credit-System, welches das Verhalten der Bürger systematisch erfasst und bewertet. Damit wird die freie Meinungsäußerung gefährdet und der Einstieg in einen digitalen Überwachungsstaat real. Versuchen der chinesischen Regierung, nicht nur innerhalb der Grenzen der Volksrepublik, autoritär zu agieren, sondern Repressions- und Manipulationsinstrumente zunehmend auch im Ausland einzusetzen, muss mit allem Nachdruck begegnet werden. Dabei geht es beispielsweise um Einflussnahme bei Wahlen auf Medien, gesellschaftliche Organisationen, politische Eliten, Wissenschaft und chinesische Bürgerinnen und Bürger im Ausland. Solche Bestrebungen müssen in Kooperation mit den europäischen Partnern stärker durch entsprechende Behörden beobachtet werden.

Mit dem chinesischen Gesetz zur Internetsicherheit wurde das Konzept der so genannten "Internetsouveränität" eingeführt, das weitreichende Zensurmaßnahmen und umfassende Observierungsbefugnisse unter dem Vorwand des Schutzes der nationalen Sicherheit rechtfertigt. Die Sicherung digitaler Souveränität ist für liberale Demokratien mit offenen Marktwirtschaften von strategischer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund bedarf die Beteiligung chinesischer Unternehmen (z.B.

Huawei) am Aufbau wichtiger digitaler Infrastruktur wie der nächsten Mobilfunktechnologie 5G einer genauen Prüfung und Risikoabwägung. Die dauerhafte Gefahr externer Angriffe auf kritische IT-Infrastruktur erfordert einen effektiven Schutz, der nur wirksam sein kann, wenn er auf EU-Ebene koordiniert wird. Dafür brauchen wir verbindliche europäische Mindeststandards und Grundsätze für IT-Sicherheit und eine effektive Cybersicherheitsstruktur.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. politisch den Blick zu weiten und China in seiner Ambivalenz wahrzunehmen, einerseits als wichtigen Partner in multilateralen Organisationen, andererseits als autoritäres Land mit einer starken Wirtschaft;
2. sich im Rat der Europäischen Union für eine Prüfung von Sanktionsmaßnahmen gegenüber Parteifunktionären der Kommunistischen Partei Chinas, welche an den schweren Menschenrechtsverletzungen in China beteiligt oder dafür verantwortlich sind, einzusetzen;
3. z.B. mittels der Forcierung von Handelsabkommen, die Rahmenbedingungen dafür deutlich zu verbessern, dass sich die Geschäfts-/ Handelsbeziehungen deutscher und europäischer Unternehmen in Asien diversifizieren können;
4. die Überlegungen Großbritanniens zu begrüßen, den vor 1997 geborenen Hongkong-Chinesen eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis zu gewähren. In Anlehnung daran, sollte Deutschland mögliche Lockerungen der Aufenthaltsbewilligungen von Hongkong-Chinesen prüfen;
5. sich auf EU-Ebene für den beschleunigten Abschluss eines Investitionsschutzabkommens einzusetzen, um den Marktzugang für europäische Unternehmen in China substantiell zu verbessern und die diskriminierende Behandlung ausländischer Investoren dort zu beenden;
6. zusammen mit den europäischen Partnern weiterhin das Ziel zu verfolgen, China stärker in das regelbasierte Welthandelssystem zu integrieren, etwa bei der Fortentwicklung internationaler Handelsregeln etwa im Rahmen der WTO-Reform;
7. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die bestehende Zusammenarbeit zwischen der EU, China und weiteren asiatischen Ländern im Rahmen der EU-Asien-Konnektivitätsstrategie ausgebaut wird;
8. sich im Konflikt um das Südchinesische Meer für eine Streitbeilegung auf der Grundlage des Völkerrechts und für eine universelle Anwendung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen stark zu machen und dabei auf die Rechtsverbindlichkeit des Schiedsspruchs nach dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 12. Juli 2016 zwischen der Republik der Philippinen und der Volksrepublik China hinzuweisen;
9. sich für eine friedliche Streitbeilegung mit Taiwan einzusetzen und unter grundsätzlicher Akzeptanz der Ein-China-Politik für eine stärkere Einbindung von Organisationen auf Taiwan auf transnationaler Ebene einzutreten;
10. gemeinsam mit den EU-Partnern die Entwicklungszusammenarbeit strategisch neu auszurichten, um insbesondere die afrikanischen, asiatischen und südamerikanischen Staaten in die Lage zu versetzen, sich nicht in einseitige Abhängigkeiten der von China mittels seiner Entwicklungszusammenarbeit verfolgten geostrategischen Interessen begeben zu müssen und die Maßnahmen des chinesischen Staates und chinesischer Staatskonzerne im Bereich

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

der Entwicklungszusammenarbeit systematisch zu erfassen und zu analysieren;

11. der Forschungs- und Innovationspolitik auf EU-Ebene Priorität einzuräumen. Die existierenden exzellenten Forschungszentren in der Europäischen Union müssen stärker vernetzt und der Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern untereinander sowie mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Universitäten erleichtert werden;
12. die gemeinsame europäische Strategie zur Künstlichen Intelligenz mit der Erarbeitung von zukunftsweisenden Prinzipien zu rechtlichen, gesellschaftlichen und ethischen Fragen weiterzuentwickeln, die die Bürgerinnen und Bürger schützt und gleichzeitig der Forschung Zugang zu relevanten Daten ermöglicht;
13. die Umsetzung der Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU (EUGS) von 2016 mit den europäischen Partnern voranzutreiben sowie eine kontinuierliche Evaluierung und Debatte der gemeinsam definierten Ziele und Interessen anzuregen, als auch eine ständige Bedrohungsanalyse durchzuführen, um diese fortwährend an die aktuelle internationale Sicherheitslage anzupassen;
14. sich dafür einzusetzen, dass die Fähigkeiten der Spionageabwehr beziehungsweise Gegenspionage europäischer Nachrichtendienste entsprechend der technologischen Möglichkeiten weiterentwickelt werden, um künftig bspw. Programme zur Kommunikationsüberwachung durch fremde Staaten bereits im Vorfeld mit defensiven Mitteln abwehren zu können.

Berlin, den 6. Oktober 2020

**Christian Lindner und Fraktion**

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*